

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Leipzig, Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1530
Circulstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 160.

Freitag, 11. Juli 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Monat 2 M. 50 Pf. durch Post, 2 M. 25 Pf. durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gebühr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundstiftzeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 60 mm breite Kellameile 100 Gold-Pfennige; zelttaubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Demütigter Rabatt erteilt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Frühling an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Riesneranten oder der Beförderungs-Einrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Anzeigenpreis: 10 Pfennig pro Zeile und Tag. Druck- und Verlagsanstalt: Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Heilmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Der Kampf um die Schutzzölle.

W.D. In den politischen Kreisen hat infolge einer Induktion des sozialdemokratischen Zentralorgans, des „Vorwärts“, ein lebhafter Meinungskampf über die Frage der Wiedereinführung der landwirtschaftlichen Schutzzölle eingesetzt. Der Kampf wird von den Linksparteien mit einer ungewöhnlichen Schärfe geführt, die sich nicht nur gegen die Rechte, sondern auch gegen die Reichsregierung richtet. Das sozialdemokratische Blatt hatte mitgeteilt, daß die Regierung bereits ein Gesetz über die Wiedereinführung der Schutzzölle für Getreide ausgearbeitet hat, das dem Reichstag bereits vorgelegt ist. Im Anschluß daran behaupten nun die Blätter der Linken, daß die Regierung damit den Deutschnationalen ein Zugeständnis machen wolle, um ihre Zustimmung zu den Gesetzen zur Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens zu gewinnen. Insbesondere hat in den linksstehenden Kreisen der Standpunkt des sozialdemokratischen Zentralorgans über die Notwendigkeit der Ergänzung der Reichsregierung durch Hinzuziehung der Deutschnationalen große Bestürzung hervorgerufen. Die führenden sozialdemokratischen Politiker drohen damit, daß die Sozialdemokratie die schärfsten Waffen der parlamentarischen Opposition anwenden würde, wenn im Reich ein Rechtskurs eintreten sollte. Ein Teil der demokratischen Presse unterstützt den Vorstoß der Sozialdemokratie, indem sie gleichfalls behauptet, daß die Einführung der Getreidezölle zu der Bildung einer Reichsregierung im Reich führen würde.

Die Behauptungen der Linksparteien werden von Regierungsstellen ganz entschieden bestritten. Man weist darauf hin, daß der Reichssekretär für Landwirtschaft, Graf Kanitz, bereits vor einem halben Jahre die Notwendigkeit der Wiedereinführung der Schutzzölle mit Rücksicht auf die schmerzhafteste Lage der deutschen Landwirtschaft betont hatte. Eine übermäßige Einfuhr ausländischer Lebensmittel würde nach Auffassung der Regierungsstellen auch dazu beitragen, daß die Basis der deutschen Handelsbilanz sich weiter verschärfen würde. Es besteht ein dringendes Interesse daran, die Einfuhr nach Deutschland zu erschweren, da sonst die Ueberflutung Deutschlands mit ausländischen Produkten gerade in Anbetracht der kommenden Kreditpolitik einen Umfang annehmen würde, der für die deutsche Wirtschaft katastrophale Auswirkungen haben könnte.

In den Kreisen der Regierungsparteien werden allerdings ebenfalls gewisse Bedenken gegen die Wiedereinführung eines ausgeprägten Schutzollsystems geltend gemacht. Man weist darauf hin, daß die Einführung der Schutzzölle in Deutschland dem Ausland den Anreiz geben könnte, die Einfuhr deutscher Waren ebenfalls durch hohe Schutzzölle zu erschweren. Dadurch würden auch die Absatzmöglichkeiten der deutschen Industrie auf Schwere gefährdet werden. Wenn allgemein eine Politik der offenen Tür getrieben werde, so könne man deutscherseits schwerlich mit der Schutzollschranke wieder beginnen wollen. Ob diese Bedenken aber ausschlaggebend sein werden, ist im gegenwärtigen Augenblick noch anzuzweifeln. Wenn England sich durch die deutsche Konkurrenz wieder beunruhigt fühlen sollte, so wird es ohnehin wieder zur Schutzollpolitik zurückkehren, auch ohne daß Deutschland seinerseits zu dem System der Einfuhrzölle gezwungen ist.

Es ist ganz unverkennbar, daß in den Auseinandersetzungen um die Frage der Schutzzölle hauptsächlich rein innenpolitische Momente zum Ausdruck gebracht werden. Insbesondere verfolgen die sozialdemokratischen Vorstöße den Zweck, gegen die Bildung einer Regierung des Bürgerbundes im Reich Stimmung zu machen. Offenbar geben sich die Linksparteien der Hoffnung hin, daß es möglich sein wird, zu einem geeigneten Zeitpunkt die Auflösung des Reichstages und die Ansetzung baldiger Neuwahlen zu erzwingen. Sie glauben, daß es ihnen gelingen würde, in einem halben Jahre einen Wahlkampf besser zu bestehen als heute.

Eine Rede Stresemanns in Elberfeld.

* Elberfeld. Gestern nachmittags 3 Uhr wurde im großen Saale des Vereinshauses in Elberfeld die allgemeine Mitgliederversammlung des Eisen- und Stahlwerkindustrieverbandes unter sehr zahlreicher Beteiligung eröffnet. Unter den Ehrengästen bemerkte man u. a. den Reichsminister des Innern Dr. Stresemann.

Nach kurzen Begrüßungsworten durch den Vorsitzenden ergriff Reichsminister Dr. Stresemann das Wort zu folgender Ansprache: Namens der Reichsregierung spreche ich den Dank für die an die Reichsregierung ergangene Einladung aus. Die Lage der deutschen Industrie ist gekennzeichnet durch die außergewöhnlich starken Kredit-schwierigkeiten und die damit zusammenhängende Schwierigkeit namentlich der Ausfuhrindustrie. Die Frage der Entwicklung der deutschen Industrie ist zum Kernpunkt einer Durchsicht des Sachverständigen-Gutachtens geworden. Drei Voraussetzungen sind für die Entwicklung der deutschen Industrie notwendig. Einmal die Wiederherstellung der ungehemmten Entwicklung unserer wirtschaftlichen Beziehungen, zweitens der Wegfall der wirtschaftlichen Hemmnisse im Inlande und endlich die Lösung der Kreditfrage, nicht nur im Sinne einer Verringerung der Politik der Reichsbank, sondern des Heranziehens ausländischer Kredite. Im Zusammenhang mit dem Fortfall der Deutschland durch den Versailler Vertrag auferlegten handelspolitischen Fesseln und im Zusammenhang mit den Interessen der Arbeiter an der Steigerung der deutschen Exportleistungen für die Möglichkeit der Uebertragung der Preisentscheidungsabmachungen ist sowohl zu hoffen, daß

die Wera der Handelsvertragsverhandlungen vor der Tür steht und die wirtschaftliche Gleichberechtigung wieder geschaffen wird.

Die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Einheit ist das zweite Problem, das im Einverständnis mit Deutschland bei der Regelung des Sachverständigen-Gutachtens gelöst werden muß. Der Begriff der wirtschaftlichen und finanziellen Einheit schließt die Verwaltungshoheit in sich und bedingt die Wiederherstellung des Status quo vor dem Ausbruch. Die Staatsmänner Englands und Frankreichs sind in Paris zusammengekommen und haben sich bemüht, eine Kontraktion zu finden, die das Sachverständigen-Gutachten nicht als außerhalb des Versailler Vertrages stehend erscheinen läßt. Ohne zu diesen Beschlüssen Stellung zu nehmen, muß jedoch festgestellt werden, daß die Einschränkung der deutschen wirtschaftlichen und finanziellen Souveränität durch das Sachverständigen-Gutachten über die Bedingungen hinausgeht, zu denen wir nach dem Versailler Vertrag verpflichtet sind. Man kann uns deshalb diese Bedingungen nicht aufzwingen. Die Entscheidung unterliegt letzten Endes der Beschlussfassung des deutschen Reichstages. Für diese Beschlussfassung wird entscheidend sein, ob der Vertrag von Versailles, auf dessen formeller Durchführung in Bezug auf die Kompetenzen der Reparationskommission von der Gegenseite so viel Wert gelegt wird, auch darin wiederhergestellt wird, daß für Deutschland diejenigen Grenzen gelten, die es nach dem Vertrag von Versailles hat, und Sicherheiten geschaffen werden, daß alle darüber hinausgehende Besetzungen im Zusammenhang mit der Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens aufhören. Nur durch eine Anerkennung dieser Grundzüge werden wir bei den bevorstehenden Abmachungen diejenige Grundlage in dieser Verhandlung erreichen, die eine neue Wera wirtschaftlicher Verhandlung anstelle des bisherigen Systems der Gewalt setzt.

Die bevorstehende Londoner Konferenz.

London. Den Wätern zufolge ist die Eröffnung der interalliierten Konferenz für Mittwoch vormittags 11 Uhr im Foreign Office festgesetzt worden. Die Stärke der Delegationen sei der britischen Regierung noch nicht mitgeteilt worden. Es werde jedoch erwartet, daß insgesamt etwa 150 Regierungsvertreter aller beteiligten Nationen anwesend sein werden.

Die Gefahr einer Ausschaltung Deutschlands.

Das Ergebnis der Pariser Besprechungen zwischen MacDonald und Perrot hat, nach Auffassung der Berliner Regierungskreise, die Gefahr einer Ausschaltung Deutschlands bei den wichtigsten Entscheidungen der Londoner Konferenz außerordentlich verschärft. Wie wir hören, wird sich die Reichsregierung veranlaßt sehen, durch die Vorkämpfer in London und Paris ihre Bedenken gegen die vorüberige Festlegung der Londoner Besprechungen zum Ausdruck zu bringen. Die deutsche Regierung wird gleichzeitig mitteilen, daß sie auf der gleichberechtigten Teilnahme an den Erörterungen bestehen müsse.

Vertagung des Landtages.

ll. Dresden, 10. Juli.
In der heutigen letzten Sitzung des Landtages vor der Sommervertagung wurde u. a. die Aenderung des Beamtenbefolgungsgesetzes angenommen. Von allen Seiten wurde die vorgeschlagene Regelung als unzulänglich bezeichnet, aber betont, daß eine Besserstellung der sächsischen Beamten sofort den Widerspruch des Reiches herausfordern würde.

Für die durch Hochwasser geschädigten Gemeinden der Oberlausitz wurden 500 000 Mark und für die Gemeinde Oelsnitz i. E. 350 000 Mark als Darlehen zur Behebung der durch Bergschäden hervorgerufenen Wohnungsnot bewilligt.

Bei Kap. 20 des Staatshaushaltsplanes, Abgaben und Landesvermessungen, rügte Abg. Wäber (D.Vp.) den gänzlich falschen Schlüsselanteil, durch den Sachsen in der Steuerüberweisung benachteiligt werde. Finanzminister Dr. Heindold erklärte, daß es ihm vor zwei Tagen in einer Unterredung mit dem Reichsfinanzminister gelungen sei, zu erreichen, daß der starke Schlüsselanteil zu Gunsten Sachsens geändert werden soll. Er bemerkte weiter, wie ständen vor einer durchgreifenden Aenderung der deutschen Steuerleggebung. Diese Mitteilungen erregte der Finanzminister später noch gelegentlich der Besprechung mehrerer deutschnationaler Anträge dahin: Es sei unbedingt notwendig, daß sofort nach Erledigung des Sachverständigen-Gutachtens eine generelle Neuordnung des deutschen Steuerwesens vorgenommen werde. Wenn das Sachverständigen-Gutachten angenommen werde, dann werde Sachsen Industrie und Gewerbe allein auf dem Wege der Obligationsteuer mit 30 Mill. M. belastet werden. Richtig müßten wieder die Einkommen- und Vermögenssteuer das Rückgrat der Steuern bilden. Die letzten Etatkapitel fanden sofort Annahme und schließlich wurde der Gesamtertrag einstimmig angenommen. Wegen dieser einstimmigen Annahme protestierten allerdings später die Kommunisten unter dem Hinweis, daß sie bei der Abstimmung nicht im Saale gewesen wären; sie würden gegen den Etat gestimmt haben. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Präsident Wäber verliest die Namen der von den Fraktionen für den Zwischenausschuß bestimmten Abgeordneten. Der Präsident dankt in erster Linie den Vertretern der Presse.

die jede Rücksichtnahme auf ihre Verlon zurückgestellt haben, wenn es gegolten habe, dem Landtage und damit dem Volke zu dienen. Weiter dankt der Präsident den Stenographen, der Kasse, den Dienern usw. Ein Kommunist ruft: Sie haben die Vollgiltigen vergessen! Ganz richtig und wir werden, wenn es notwendig sein wird, auch diesen treuen Helfern unserer Arbeit den Dank des Landtages abstatten. (Lebhafte Beifall und Pöndelklatschen).

Der Präsident teilt dann die einseitige Meinung des Alttestenaußschusses mit, den

Landtag bis Ende Oktober zu vertagen

und von da an dem Vorstände die Vollmacht zu erteilen, den Tag und die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu bestimmen. Inzwischen soll der Zwischenausschuß das Nötigste veranlassen. Trotz des Widerspruchs der Kommunisten stimmt das Haus der Vertagung zu.

Mit dem Wunsche guter Erholung in den Ferien schließt der Präsident nachmittags nach 1/5 Uhr die öffentliche Sitzung, an die sich nach einer Pause eine vertrauliche Sitzung anschließt.

Fortsetzung des Berichts über die Mittwoch-Sitzung.

ll. Dresden, 10. Juli. Die gestrige Sitzung des Landtages dauerte bis in die Morgenstunden des heutigen Tages. Das Haus wollte unbedingt sein Verstum erlösen, um am heutigen Tage in die Ferien gehen zu können. Man hätte annehmen sollen, daß sich jeder Redner angeichts dieser Geschäftsfrage die größte Reserve auferlegen würde. Dagegen war aber nichts zu spüren. Den ersten Anstoß gaben die Statistiken über die Polizei. Abg. Jisser (Dn.) kritisierte die gegenwärtigen Verhältnisse innerhalb der Polizei und machte das Dresdner Nachtleben in den dunkelsten Farben. Dem widersprachen natürlich der Innenminister Müller und der neue Dresdner Polizeipräsident Käbn.

Sehr heftig entbrannte der Redekampf auch beim Kapitel Staatsoper. Von der Berichterstatterin Frau Abg. Wäber (Dn.) wurde man so wissend, was bisher nur im Ausschuss erörtert worden ist, ohne an die Öffentlichkeit zu kommen. Ob mit der Erörterung dieser persönlichen Angelegenheiten einem Kunstintimate, wie es die Dresdner Staatsoper ist, gebietet wird, ist freilich eine andere Frage. Volksbildungsminister Dr. Kallier gab sich rechtliche Mühe, den schlechten Eindruck, den die Aussprache hinterlassen hatte, durch Hervorhebung des künstlerischen Hochstandes unserer Staatsoper zu verwischen. Die Statistiken wurden genehmigt.

Ein nachts 1 Uhr eingegangener Antrag, die Verhandlungen bis früh 9 Uhr zu vertagen, wurde abgelehnt und dann noch das wichtige Kapitel 88, Ministerium für Volksbildung, mit den dazu gehörigen Anträgen und Anträgen erledigt. Noch einmal veruchten die Kommunisten um 1/2 Uhr, den Verhandlungen ein Ende zu machen, aber die Koalitionsparteien blieben unerbittlich.

Früh 1/5 Uhr endlich wurde nach 15^{1/2} stündiger Sitzung Schluß gemacht.

Aus den Landtagauschüssen.

ll. Dresden. Im Untersuchungsausschuß zur Prüfung der Beamtenpolitik über die Weidmeyer des Herrn Ministerialdirektors J. A. Dr. Böhm fand der Antrag des 2. Berichterstatters Abg. Strube (Dn.) Annahme, es bei der in Rubriküberlegung Dr. Böhmens bewenden zu lassen. Die besonderen Differenzen zwischen dem Minister Fleischer und dem Ministerialdirektor Dr. Böhm bewiesen, daß politische Gründe Anlaß zu der Stellungnahme Dr. Böhmens gewesen seien. Die Anwendung des § 13 des Beamtenpflichtgesetzes bestehe also zu Recht. Der Antrag des 1. Berichterstatters Abg. Schiffmann (D.Vp.), die Anwendung des § 13 des Beamtenpflichtgesetzes gegenüber dem Ministerialdirektor Dr. Böhm für nicht gerechtfertigt zu erklären, wurde mit 6 gegen 5 Stimmen abgelehnt. Dieser Antrag ruht auf der Erklärung des Ministers A. Fleischer, nicht einmal zu wissen, welcher politischen Partei Dr. Böhm angehöre und weiter, daß das Verhalten Dr. Böhmens die Anwendung des § 13 des Gesetzes rechtfertige. Wegen Dr. Böhm sei kein Vorwurf erhoben worden, das er nachgeordnete Beamte absichtlich wegen ihrer politischen Einstellung unangemessen behandelt hätte. Da also keinerlei politische Gründe für die in Rubriküberlegung des Ministerialdirektors Dr. Böhm geltend gemacht werden könnten und die grundsätzlichen Voraussetzungen nicht erkennbar seien, könne der Beschluß des Gesamtministeriums auch nicht auf § 13 des Gesetzes vom 26. Juli 1913 gestützt werden.

Die Angelegenheit Wäber vor dem Untersuchungsausschuß.

ll. Dresden. Der Untersuchungsausschuß betr. die Maßnahmen des kommunistischen Finanzministers Wäber, hielt am Mittwoch eine weitere Sitzung ab, in der als Zeugen der Ministerpräsident Weiß und die ehemaligen Minister Graupe und Wiedmann vernommen wurden. Besonders interessant sind die Angaben des ersten Zeugen gewesen, der ausdrücklich hervorhob, daß die Reichsregierung die bewußten 800 Millionen damals nur unter dem ausdrücklichen Vorbehalt gegeben hatte, sie im Interesse allgemeiner Staatsaufgaben und nicht etwa für Unterstützungsempfänger zu verwenden. Dieser Bestimmung gegenüber hat seinerzeit Herr Wäber die Verwendung des genannten Betrages zur Unterstützung Erwerbsloser veranlaßt. Als weitere Zeugen beschloß der Ausschuss demnachst den Abg. Wäber, den Reichstagsabgeordneten Dewert und Dr. Seigner zu haben.